

22. April 2013

Tarifergebnis auch für Beamtinnen und Beamte übernehmen!

Der Senat hat als Ergebnis seiner Haushaltsberatungen angekündigt, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wieder nicht zeit- und wirkungsgleich für alle Beamtinnen und Beamten zu übernehmen. Die Tarifsteigerung der Angestellten um 2,65 Prozent zum 1. Januar 2013 und um weitere 2,95 Prozent zum 1. Januar 2014 soll nur für die Entgeltgruppen bis A9 auf die BeamtInnen übertragen werden, und auch dies nur zeitverzögert zum 1. Juli 2013. Die Entgeltgruppen A10 bis A12 sollen nur eine Erhöhung um 1,0 % zum 1. Juli 2013 und weitere 1,0 % zum 1. Januar 2014 erhalten. Für die Entgeltgruppen A13 und höher soll eine vollständige Nullrunde in 2013 und 2014 gelten.

Die Vorstellung, BeamtInnen seien Spitzenverdiener, die eine ruhige Kugel hinter dem Schreibtisch schieben, hat mit der Realität wenig zu tun. Der Großteil der über 10.000 Beamtinnen und Beamten im Land Bremen sind Lehrkräfte, PolizistInnen, Feuerwehrleute sowie Rechts- und Verwaltungskräfte. Beamtinnen und Beamte stellen zwei Drittel der Beschäftigten in der Kernverwaltung. Die häufigsten Entgeltgruppen in der Kernverwaltung sind 9, 12 und 13. Dabei ist Teilzeit weit verbreitet, vor allem bei den weiblichen Beschäftigten. Die Hälfte der Beschäftigten in der Kernverwaltung sind Frauen; ihre Teilzeitquote liegt zwischen 40 und 50 Prozent.

In keiner der letzten Tarifrunden hatte der Senat das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf die BeamtInnen übertragen. 2007 hatte der Senat die volle Übernahme um fast 2 Jahre verzögert, außerdem erhielten die BeamtInnen nicht die zusätzliche Einmalzahlung. 2009 erfolgte die Übernahme zeitgleich, aber der zusätzliche Sockelbetrag von 40 Euro wurde für die BeamtInnen halbiert. 2011 erfolgte die Übernahme wieder zeitverzögert, gestaffelt nach Besoldungsgruppe; zusätzlich wurde den BeamtInnen ab Besoldungsgruppe A9 die Einmalzahlung vorenthalten.

Seit die Besoldung der Landesbeamten durch die Föderalismusreform in die Zuständigkeit der Bundesländer übergegangen ist, entwickelt sich die Besoldungshöhe zwischen den Bundesländern auseinander. Aktuell liegen Hamburg, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Baden-Württemberg in der Endstufe A13 bereits um 100 bis 250 Euro höher als Bremen. Die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Sachsen und Bayern, die eine (zeitverzögerte) volle Übernahme des Tarifergebnisses angekündigt haben, werden ab Sommer 2014 in der Endstufe A13 um 270 Euro höher liegen als Bremen, wenn wie vom Senat angekündigt eine Nullrunde ab Tarifstufe A13 beschlossen wird. Unterhalb der Besoldung in Bremen liegen nur die Bundesländer Brandenburg und Berlin.

Damit fällt Bremen z.B. im Wettbewerb um Lehrkräfte weiter zurück und sendet ein fatales Signal fehlender Wertschätzung an seine LehrerInnen, PolizistInnen, Feuerwehrleute, Rechts- und Verwaltungskräfte. Die Entgeltgruppe A13, für die eine vollständige Nullrunde gelten soll, ist z.B. die übliche Einstufung von Lehrerinnen und Lehrern in der Sekundarstufe II. In der Sekundarstufe I und an Primarschulen sind Lehrkräfte etwa je zur Hälfte in A12 und A13.

Mit Sachsen-Anhalt hat auch eines der fünf Konsolidierungsländer eine volle Übernahme der Tarifierhöhung angekündigt. Hamburg und Niedersachsen, mit denen Bremen regional in unmittelbarem Wettbewerb um qualifizierte Beschäftigte steht, übernehmen die Tarifierhöhung ebenfalls voll (Niedersachsen jedenfalls für 2013).

Zeitverzögerte Übernahme des Abschlusses hat keinen Einfluss auf die künftige dauerhafte Höhe der Personalkosten. Den BeamtInnen der Entgeltgruppen A9 und darunter werden durch die erneut zeitverzögerte Übernahme des Tarifabschlusses pro Beschäftigtem mehrere hundert Euro vorenthalten. Hier handelt es sich um eine Sonderabgabe, die von fehlender Wertschätzung von deren Arbeit zeugt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Tarifergebnis inhaltsgleich für alle Landesbeamtinnen und Landesbeamten zu übernehmen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Zeitverzögerungen bei der Übernahme des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst zu verzichten.

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.

[zurück zu: Detail](#)

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/tariferge>